

## Sanfte Diktion

### *Die Wahlerklärung des ZdK*

Ein großer Wurf ist aus der Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) zur nächsten Bundestagswahl nicht geworden (vgl. den Wortlaut in ds. Heft, S. 31). Man gab sich redlich Mühe; diskutierte den Entwurf Punkt für Punkt. Im Grunde aber hätten manche auch nach getaner Diskussionsarbeit auf eine solche Erklärung lieber ganz verzichtet oder – damit ihre Autorität herunterstufend – ihre Endformulierung und Veröffentlichung einfach dem Geschäftsführenden Ausschuß überlassen.

Schon das Stichwort „Leben“ als Grundwort und Systematisierungsprinzip wirkte fast so rührend wie ungelent. Das Wort macht politisch gegenwärtig Karriere und wirkt dennoch gerade als gedankliche Folie einer Wahlerklärung so ganz und gar unpolitisch. Was ist Leben nicht alles: die Pflanze lebt, Insekten leben, der Hund lebt, der Mensch lebt. Natürlich war mit „Leben“ nicht einfach Leben gemeint, sondern menschliches Leben (oder soweit es diesem dient), besonders das *Leben Ungeborener*. Aber trotz festen Beharrens nicht nur auf der Beseitigung mißbräuchlicher Anwendung des § 218, sondern auf dessen Änderung (während in fast allen Nachbarländern man auch unter Katholiken aufgehört hat, auf eine Gesetzesverschärfung zu insistieren), wollte man, durch Erfahrung klug geworden, das Thema zwar hochhalten, aber es nicht isoliert behandeln. Da bot sich „Leben“ als Oberbegriff fast von selbst an. Man konnte so in sanfter Diktion alle Problemfelder, die einen beschäftigen und politisch bedeutsam sind – von der Familie über die Arbeitswelt bis zur Umwelt (immer verstanden als „Lebensräume“) – wenigstens benennen und zugleich einordnen: die Abtreibungsgesetzge-

bung, der einzige Punkt, in dem die bisherige (und voraussehbar künftige) Bundesregierung und alle politischen Parteien getadelt werden: die Familienpolitik (für die die Regierung unter Nennung konkreter Maßnahmen gelobt wird); die Arbeitsmarktpolitik (wenn auch recht allgemein). Aber es ließen sich damit auch energiepolitische Forderungen umschreiben, die angesichts des Tschernobyl-Effektes Nachdenklichkeit verbreiten und sich mit keinem Parteiprogramm allzu sehr stoßen.

Die nicht nur religiös sehr zeitgeistige Ambivalenz, die hinter der gegenwärtigen Karriere des Begriffs Leben steht (ein naturmystischer, nicht gerade in allem menschenfreundlicher, dafür aber kaschiert transzendenzfeindlicher „Vitalismus“) geht in der Forderung nach einer „Politik für das Leben“ (warum nicht einfach Politik für den Menschen) so allerdings ziemlich unter. Und dort, wo es wirklich um Menschen und um menschliche Solidarhaftung geht, wird recht wenig konkret formuliert. Zum Beispiel bei der Frage Arbeitslosigkeit. Zwar wird diese als „große Herausforderung“ geschildert. Aber strategisch wird außer Wirtschaftswachstum und Arbeitszeitverkürzung nichts empfohlen. Indessen stünden einem Gremium wie dem ZdK, das unbefangener als Parteien und Interessenverbände, also auch unbefangener als Gewerkschaften *neue Modelle der Arbeitsteilung und Arbeitsverteilung* diskutieren könnte, Konkretionen durchaus an. Gerade weil Parteien und Gewerkschaften – Hoffnung auf höheres Wachstum, lineare Arbeitszeitverkürzung – in ziemlich sturer Phantasielosigkeit sich auf ausgetretenen Wegen bewegen, bestünde die Chance für nicht interessengebundene Gremien im vorpolitischen Raum, das Problem Arbeitslosigkeit von der heutigen Arbeitsproduktivität und den im Zusammenhang damit sich entwickelnden Lebensstilen her umfassend anzugehen und Modelle der Flexibilisierung der Arbeitszeiten und der Gestaltung von Teilzeitarbeit zu entwickeln.

Doch, obwohl es von Anfang bis

Ende bei schwammiger Abstraktheit bleibt, läßt sich der Erklärung viel Gutes abgewinnen. Natürlich will man dem politischen Lager, dem man angehört, nicht wehtun, zumal wenn dieses die Regierung stellt und diese nach öffentlicher Einschätzung (und mit viel Glück) nicht gerade erfolglos war. Aber in der relativ unpolitischen Diktion der Erklärung kündigt sich ein Übergang an: Man weicht nicht direkt ab vom eigenen Lager, formuliert aber parteipolitisch offener, um nicht zu sagen neutraler. Man darf gespannt sein, wie sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzt.

se

## Nützlich

### *Kirche und private Rundfunkveranstalter*

Nach dem vierten Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 1986 können die privaten Veranstalter von Fernsehen hierzulande etwas beruhigter in die Zukunft blicken: Es gibt sie nicht mehr nur faktisch, sie verfügen nun auch über ein solides gesetzliches Fundament, auf dem sich arbeiten läßt. Obendrein wurde ihnen höchstrichterlich bescheinigt, daß ihr Programmangebot nicht einfach an dem der öffentlich-rechtlichen Anstalten zu messen sei. „Solange und soweit“ die „Grundversorgung“ durch letztere gesichert sei, erscheine es gerechtfertigt, „an die Breite des Programmangebots und die Sicherung gleichgewichtiger Vielfalt im *privaten* Rundfunk nicht gleich hohe Anforderungen zu stellen ...“

Für die *Kirchen* stellt sich seit Jahren die Frage, wie sie in den *privaten Rundfunkprogrammen* angemessen zu Wort kommen können. Durch den Öffentlichkeitscharakter der kirchlichen Verkündigung sehen sie sich legitimiert, die äußeren Möglichkeiten dazu einzufordern. Am liebsten sähen sie es, wenn dies in einer analogen Weise zu den bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten geltenden Rege-